

Academia Iuris

Zivilprozessrecht

von
Prof. Dr. Eberhard Schilken

7. Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2014

Verlag Franz Vahlen im Internet:
www.vahlen.de
ISBN 978 3 8006 4824 5

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Schilken | Zivilprozessrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Zivilprozessrecht

von

Dr. Eberhard Schilken

em. Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

7., neu bearbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2014

beck-shop.de

Zitervorschlag: Schilken ZivilProzR

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4824 5

© 2014 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH, Lahnau
Umschlagkonzeption: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Kirrberg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Für Ute, Esther und Julia

beck-shop.de

Vorwort zur 7. Auflage

Die gesetzlichen Änderungen seit der 6. Auflage 2010, vor allem aber die umfangreiche weitere Rechtsprechung und Literatur namentlich zu den mit und im Anschluss an die ZPO-Reform 2002 eingeführten gesetzlichen Änderungen haben wieder eine gründliche Neubearbeitung des Lehrbuchs erforderlich gemacht. Selbstverständlich sind auch Rechtsprechung und Schrifttum aufgearbeitet und eingefügt worden, soweit der Zuschnitt des Lehrbuches das zuließ, und zwar bis zum Stand Mai 2014 mit einzelnen aktuellen Nachträgen. Die mit den Jahren immer umfangreicher gewordenen weiterführenden Schrifttumshinweise bei den einzelnen Abschnitten mussten allerdings im Wesentlichen auf grundsätzliche und neuere Veröffentlichungen beschränkt werden. Ich habe mich aber bemüht, sie dennoch möglichst informativ zu gestalten und darüber hinaus die zahlreichen Veröffentlichungen auch inhaltlich wenigstens knapp einzuarbeiten. Allerdings habe ich ältere Aufsatzveröffentlichungen und zudem in den Fußnoten ältere Entscheidungen sowie Urteilsanmerkungen weitgehend »opfern« müssen.

Inhaltlich habe ich nicht allen – auch eigenen – Wünschen Rechnung tragen können; vor allem den Bereichen des europäischen und des internationalen Zivilprozessrechts kann inzwischen eigentlich nur in speziellen Lehrbüchern angemessen Rechnung getragen werden. Insgesamt ist das Buch aber in allen Teilen überarbeitet und an diversen Stellen – so etwa um einen eigenen Abschnitt zum KapMuG – ergänzt worden. Eine Veränderung der Randnummern habe ich vermieden, insoweit allerdings einige Ergänzungen eingefügt. Zur besseren Handhabung der praktischen Anwendung sind die Kurzlösungen der vorangestellten kleinen Fälle und ebenso die zahlreichen Anwendungsbeispiele auch in dieser Auflage im Text grau unterlegt bzw. markiert.

Ein gewisses Problem bringt nach wie vor der Umstand mit sich, dass sich das Lehrbuch zugleich an Studierende des Pflichtfachs wie der einschlägigen Schwerpunktbereiche wendet, und zwar insofern, als im Pflichtfach nach den im wesentlichen übereinstimmenden Regelungen der Juristenausbildung nur »ausgewählte Teile im Überblick« verlangt werden. Wenn entsprechende Pflichtfachkenntnisse nur im Überblick erwartet werden, so sollen dem Prüfling jedenfalls die gesetzlichen Grundstrukturen ohne vertieftes Wissen der Rechtsprechung und Literatur bekannt sein. Eine exakte Bestimmung des verlangten Wissens kann aufgrund dieser vagen, zudem landesrechtlich differierenden gesetzlichen Vorgaben nicht getroffen werden. Da mein Lehrbuch aber ohnehin vorrangig das Ziel verfolgt, die Strukturen des zivilprozessualen Verfahrens transparent zu machen, werden die im Pflichtfach Studierenden mit der einmaligen Durcharbeit der jeweils landesrechtlich maßgeblichen »ausgewählten Teile« gut bedient und vorbereitet sein, während für das Schwerpunktstudium und auch in der Referendarphase eine umfassende und intensivere Beschäftigung mit dem Lernstoff nötig ist. Das Buch ermöglicht dann – so hoffe ich weiterhin und fühle mich durch entsprechende Zustimmung bestätigt – eine Ausbildung im Bereich des Zivilverfahrensrechts »aus einem Guss«.

Für ihre sehr hilfreiche Unterstützung bei den Recherchen zu Rechtsprechung und Schrifttum danke ich meinen früheren Mitarbeiterinnen und Doktorandinnen *Ina Lutz* und *Navideh Maleki* ganz herzlich.

Bonn, im Mai 2014

Eberhard Schilken

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1992)

Das Zivilprozessrecht enthält die Regeln über den Ablauf des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten. Dabei dient das hier zu behandelnde Erkenntnisverfahren in erster Linie der Feststellung subjektiver Rechte des Einzelnen und damit der Gewährleistung materieller Gerechtigkeit. Weil dieses materielle Recht nicht immer konfliktfrei ermittelt und durchgesetzt werden kann, ist Verfahrensrecht unverzichtbar. Sein Zweck erschöpft sich freilich nicht in einer rein »dienenden« Funktion gegenüber dem materiellen Recht. Hinzu treten Aspekte der Wahrung des Rechtsfriedens und der Herstellung von Rechtssicherheit, in manchen – wichtigen – Bereichen auch der Sozialgestaltung und allgemein der Konfliktlösung.

Mein Lehrbuch verfolgt das Ziel, dass diesen primären und sekundären Zwecken dienende Recht des zivilprozessualen Erkenntnisverfahrens möglichst verständlich und übersichtlich darzustellen. Der Aufbau der Darstellung orientiert sich hierfür am Ablauf des Erkenntnisverfahrens, soweit das geradlinig möglich ist. Dem vorrangigen Zuschnitt der Reihe »Academia iuris« auf die juristische Ausbildung entsprechend steht die Erläuterung des »normalen« Erkenntnisverfahrens erster Instanz naturgemäß im Vordergrund. Insgesamt soll das für die erste und zweite juristische Staatsprüfung erforderliche Grundlagenwissen vermittelt werden, sodass Verkürzungen bei der Darstellung von Problemen und insbesondere bei der Behandlung spezieller prozessualer Situationen und Institutionen in Kauf genommen werden mussten. Rechtsprechung und Schrifttum sind umfassend berücksichtigt, konnten aber selbstverständlich nicht in allen Einzelheiten konkret eingearbeitet und insbesondere nicht extensiv zitiert werden ... Jedem geschlossenen Abschnitt sind kleinere Fälle vorangestellt, auf die im Laufe der Darstellung Bezug genommen wird, um diese möglichst auch »am Fall« zu erläutern; darüber hinaus sind einzelne Passagen immer wieder mit praktischen Beispielen versehen. Diese Mittel sollen das Verständnis der oft spröden Materie erleichtern. Die Schrifttumsangaben vor jedem größeren Abschnitt verstehen sich in erster Linie als weiterführende Literaturhinweise, zu speziellen Fragen sind Rechtsprechung und Schrifttum als Einstieg in den Fußnoten zitiert ...

Das Lehrbuch wendet sich zunächst an die mit dem Zivilprozessrecht ... konfrontierten Studenten und die Referendare, die in Ausbildung und Examen die ZPO nicht nur kennen, sondern auch anwenden müssen. Diese Anlage des Lehrbuchs beschränkt zwangsläufig die Möglichkeiten dogmatischer Grundlegung. Dennoch habe ich versucht, auch diesen Aspekt bei Schwerpunkten vertieft zu berücksichtigen. Im Übrigen ist den meisten – auch praktisch bedeutsamen – Streitfragen wenigstens mit einigen Gedanken Rechnung getragen. So hoffe ich, dass das Lehrbuch auch Richtern und Rechtsanwälten eine Hilfe sein kann.

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 7. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1992)	IX
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Literaturverzeichnis	XXXV
Einleitung. Einführung in das Zivilprozessrecht	1
§ 1 Die Bedeutung des Zivilprozesses in der Rechtspflege	1
I. Der Begriff des Zivilprozesses und des Zivilprozessrechts	1
II. Der Zweck des Zivilprozesses	4
III. Abgrenzung des Zivilprozesses gegenüber anderen Verfahrensarten	9
§ 2 Überblick über den Ablauf des zivilprozessualen Erkenntnisverfahrens; Rechtsquellen des Zivilprozessrechts	15
I. Klageerhebung	15
II. Mündliche Verhandlung	15
III. Beweisaufnahme	16
IV. Urteil	16
V. Rechtsmittel	16
VI. Rechtskraft	17
VII. Rechtsquellen des Zivilprozessrechts	18
1. Kapitel. Die Organe und Parteien des Zivilprozesses	21
§ 3 Die staatlichen Organe der Zivilprozessgerichtsbarkeit	21
I. Der Richter	22
II. Der Rechtsanwalt	27
III. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle	28
IV. Der Gerichtsvollzieher	29
§ 4 Die Parteien und ihre Stellvertretung	31
I. Die Parteien des Zivilprozesses	32
II. Die Stellvertretung der Parteien	38
§ 5 Die Prozesshandlungen des Gerichts und der Parteien	46
I. Die Prozesshandlungen des Gerichts	46
II. Die Prozesshandlungen der Parteien	52
2. Kapitel. Das Urteilsverfahren erster Instanz	79
§ 6 Die Klage	79
I. Bedeutung der Klage	80
II. Rechtsnatur	81
III. Klagearten	81
IV. Verbandsklage und kollektiver Rechtsschutz	91
V. Klageerhebung – Grundzüge	92
VI. Der Inhalt der Klageschrift	97
VII. Der prozessuale Anspruch (Streitgegenstand)	106
VIII. Wirkungen der Klageerhebung	116
IX. Besondere Klagesituationen	124
§ 7 Die Sachentscheidungsvoraussetzungen	125
I. Begriff und Wesen	125
II. Systematik	126
III. Die allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen	127
IV. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen	152
V. Die Sachentscheidungshindernisse (Prozesshindernisse)	152
VI. Die Behandlung der Sachentscheidungsvoraussetzungen und -hindernisse	154

§ 8	Verfahrensgrundsätze	158
	I. Der Dispositionsgrundsatz	159
	II. Der Verhandlungsgrundsatz	162
	III. Der Grundsatz der Mündlichkeit	172
	IV. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	178
	V. Der Grundsatz der Öffentlichkeit	180
	VI. Der Konzentrationsgrundsatz	180
	VII. Der Grundsatz der freien richterlichen Beweiswürdigung	186
	VIII. Der Grundsatz der Wahrung rechtlichen Gehörs	187
§ 9	Das Verhalten des Beklagten zur Klage	189
	I. Überblick über die Verhaltensmöglichkeiten des Beklagten	189
	II. Einzelheiten zu Verteidigungsmitteln des Beklagten	192
§ 10	Die Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	208
	I. Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	208
	II. Die Durchführung der Güteverhandlung und der mündlichen Verhandlung, insbesondere des Haupttermins	210
	III. Termine, Fristen, Ladungen, Zustellungen	213
§ 11	Der Beweis	216
	I. Grundlagen	218
	II. Die einzelnen Beweismittel	243
	III. Das selbstständige Beweisverfahren	264
§ 12	Das Urteil	267
	I. Urteilsarten	268
	II. Der Erlass des Urteils	282
	III. Die Wirkungen des Urteils	289
3. Kapitel.	Die Prozesserledigung ohne Urteil	293
§ 13	Die Klagerücknahme	293
	I. Voraussetzungen	294
	II. Die Vollziehung der Klagerücknahme	294
	III. Die Wirkungen der Klagerücknahme	295
	IV. Vereinbarungen über eine Klagerücknahme	296
§ 14	Die Erledigung der Hauptsache	298
	I. Die beiderseitige Erledigungserklärung	299
	II. Die einseitige Erledigungserklärung	302
§ 15	Der Prozessvergleich	307
	I. Die Voraussetzungen des Prozessvergleichs	308
	II. Die Rechtsnatur des Prozessvergleichs	311
	III. Wirkungen des Prozessvergleichs	312
	IV. Unwirksamkeit oder Wegfall des Vergleichs	312
	V. Abänderung des Prozessvergleichs	315
	VI. Bedeutung eines außergerichtlichen Vergleichs	315
	VII. Außergerichtliche Schllichtungsverfahren	315
4. Kapitel.	Die Beteiligung von Streitgenossen und Dritten	319
§ 16	Die Streitgenossenschaft	319
	I. Arten der Streitgenossenschaft	320
	II. Die einfache Streitgenossenschaft	320
	III. Die notwendige Streitgenossenschaft	324
§ 17	Die Interventionen Dritter	330
	I. Die einfache Nebenintervention	331
	II. Die streitgenössische Nebenintervention	337
	III. Das Kapitalanleger-Musterverfahren	339
§ 18	Die Streitverkündung	342
	I. Voraussetzungen der Streitverkündung	342
	II. Die Vornahme der Streitverkündung	344
	III. Die Wirkungen der Streitverkündung	344

5. Kapitel. Besondere Prozesslagen	347
§ 19 Objektive Klagenhäufung und Widerklage; Stillstand des Verfahrens	347
I. Die objektive Klagenhäufung	348
II. Die Widerklage	350
III. Stillstand des Verfahrens (Unterbrechung, Aussetzung, Ruhen)	354
§ 20 Klageänderung und Parteiänderung	357
I. Die Klageänderung	358
II. Die Parteiänderung	361
6. Kapitel. Besondere Verfahrensarten	367
§ 21 Das amtsgerichtliche Verfahren	367
§ 22 Das Mahnverfahren	370
I. Zulässigkeit des Mahnverfahrens	371
II. Zuständigkeit	372
III. Der Mahnbescheidsantrag	372
IV. Der Erlass des Mahnbescheids	373
V. Der Widerspruch und die Einleitung des Streitverfahrens	374
VI. Der Erlass des Vollstreckungsbescheids	376
VII. Der Einspruch	377
§ 23 Der Urkundenprozess	378
I. Voraussetzungen des Urkundenprozesses	379
II. Das Verfahren im Urkundenprozess	380
III. Die Entscheidung im Urkundenprozess	381
IV. Das Nachverfahren	381
V. Der Wechsel- und Scheckprozess	382
§ 24 Das Verfahren in Familiensachen	383
I. Familiensachen	384
II. Ehesachen	384
III. Familienstreitsachen	386
IV. Reine FG-Familiensachen	388
V. Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	388
VI. Das Familiengericht	390
VII. Übergangsregelung für Altfälle	390
§ 25 Das schiedsrichterliche Verfahren	391
I. Die Schiedsvereinbarung	392
II. Die Bestimmung der Schiedsrichter	394
III. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht	394
IV. Der Schiedsspruch	395
V. Die Aufhebungsklage	395
VI. Die Vollstreckbarerklärung	396
7. Kapitel. Die Rechtsmittel	397
§ 26 Grundlinien der Rechtsmittelverfahren	397
I. Arten und allgemeine Merkmale der Rechtsmittel	398
II. Zulässigkeit und Begründetheit der Rechtsmittel	400
III. Gemeinsame Zulässigkeitsvoraussetzungen der Rechtsmittel	401
IV. Rechtsmittelverzicht und Rechtsmittelrücknahme	406
V. Anschlussrechtsmittel	407
VI. Das Verbot der reformatio in peius (Verschlechterungsverbot)	409
VII. Rechtsmittel gegen inkorrekte Entscheidungen	410
§ 27 Die Berufung	411
I. Statthaftigkeit der Berufung	413
II. Die Einlegung der Berufung	414
III. Das Verfahren in der Berufungsinstanz	417
IV. Die Entscheidungen des Berufungsgerichts	421
§ 28 Die Revision	426
I. Statthaftigkeit der Revision	427
II. Die Einlegung der Revision	431
III. Das Verfahren in der Revisionsinstanz	433

IV.	Die Entscheidungen des Revisionsgerichts	439
V.	Die Sprungrevision	442
VI.	Großer Senat, Vereinigte Große Senate, Gemeinsamer Senat der Obersten Gerichtshöfe des Bundes	442
§ 29	Die Beschwerde	443
I.	Allgemeines	444
II.	Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	445
III.	Die Einlegung der sofortigen Beschwerde	446
IV.	Das Beschwerdeverfahren	448
V.	Die Entscheidungen im Beschwerdeverfahren	448
VI.	Die Rechtsbeschwerde	449
VII.	Weitere Rechtsbehelfe	451
8. Kapitel.	Die Rechtskraft und ihre Durchbrechung	453
§ 30	Die Rechtskraft	453
I.	Abgrenzungen	455
II.	Die formelle Rechtskraft	456
III.	Das Wesen der materiellen Rechtskraft (Rechtskrafttheorien)	459
IV.	Der materiellen Rechtskraft fähige Entscheidungen	460
V.	Der sachliche (objektive) Umfang der materiellen Rechtskraft und ihre Wirkungen	462
VI.	Der persönliche (subjektive) Umfang der materiellen Rechtskraft	468
VII.	Der zeitliche Umfang der materiellen Rechtskraft	472
§ 31	Die Durchbrechung der Rechtskraft	474
I.	Die Wiederaufnahme des Verfahrens	475
II.	Die Abänderungsklage	481
III.	Die Durchbrechung der Rechtskraft über § 826 BGB	484
9. Kapitel.	Die Prozesskosten und Prozesskostenhilfe	487
§ 32	Die Prozesskosten	487
I.	Übersicht	488
II.	Das Verhältnis zwischen der Partei und ihrem Rechtsanwalt	488
III.	Das Verhältnis zwischen dem Staat und den Parteien	489
IV.	Das Verhältnis zwischen den Parteien	490
§ 33	Die Prozesskostenhilfe	496
I.	Voraussetzungen der Prozesskostenhilfe	497
II.	Verfahren auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe	498
III.	Wirkung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe	500
Paragraphenverzeichnis	501	
Sachverzeichnis	513	

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1992)	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Literaturverzeichnis	XXXV
Einleitung. Einführung in das Zivilprozessrecht	1
§ 1 Die Bedeutung des Zivilprozesses in der Rechtspflege	1
I. Der Begriff des Zivilprozesses und des Zivilprozessrechts	1
1. Zivilprozess	1
2. Zivilprozessrecht	2
II. Der Zweck des Zivilprozesses	4
1. Die Aufgaben der Zivilrechtspflege	4
2. Die Aufgaben der Rechtsprechung im Staats- und Gesellschaftssystem	4
3. Der Zweck des zivilprozessualen Erkenntnisverfahrens	5
a) Verwirklichung materieller Gerechtigkeit	5
b) Wahrung des Rechtsfriedens	6
c) Herbeiführung von Rechtssicherheit	8
d) Soziale Gestaltung	8
III. Abgrenzung des Zivilprozesses gegenüber anderen Verfahrensarten	9
1. Zivilprozessgerichtsbarkeit und freiwillige Gerichtsbarkeit	10
2. Zivilprozessgerichtsbarkeit und Arbeitsgerichtsbarkeit	12
3. Zivilprozessgerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit	12
§ 2 Überblick über den Ablauf des zivilprozessualen Erkenntnisverfahrens; Rechtsquellen des Zivilprozessrechts	15
I. Klageerhebung	15
II. Mündliche Verhandlung	15
III. Beweisaufnahme	16
IV. Urteil	16
V. Rechtsmittel	16
VI. Rechtskraft	17
VII. Rechtsquellen des Zivilprozessrechts	18
1. Kapitel. Die Organe und Parteien des Zivilprozesses	21
§ 3 Die staatlichen Organe der Zivilprozessgerichtsbarkeit	21
I. Der Richter	22
1. Überblick über gerichtsverfassungsrechtliche Regeln	22
2. Die Neutralität des Richters – Ausschließung und Ablehnung	23
a) Die Ausschließung von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes	24
b) Die Ablehnung des Richters durch die Partei	25
II. Der Rechtspfleger	27
III. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle	28
IV. Der Gerichtsvollzieher	29
§ 4 Die Parteien und ihre Stellvertretung	31
I. Die Parteien des Zivilprozesses	32
1. Das Zweiparteienprinzip	32
a) Konsequenz des Zweiparteienprinzips	32
b) Insichprozesse	33
2. Der Parteibegriff	33
3. Die Bedeutung der Stellung als Partei	34
4. Die Bestimmung der Partei	35
a) Identität der Parteien	36

b)	Unklarheiten	36
c)	Berichtigung	37
d)	Zustellung der Klage	37
II.	Die Stellvertretung der Parteien	38
1.	Die gesetzliche Stellvertretung	38
2.	Die gewillkürte Stellvertretung	40
a)	Die Prozessvollmacht	40
b)	Die vollmachtlose Vertretung	42
3.	Die notwendige Stellvertretung (Anwaltszwang)	43
4.	Der Rechtsanwalt	44
5.	Prozessvertretung ohne Vertretungsmacht	45
§ 5	Die Prozesshandlungen des Gerichts und der Parteien	46
I.	Die Prozesshandlungen des Gerichts	46
1.	Urteile	47
2.	Beschlüsse	49
3.	Verfügungen	50
4.	Formelle Prozesseleitung	51
II.	Die Prozesshandlungen der Parteien	52
1.	Begriff der Prozesshandlung der Parteien (Parteihandlung)	52
2.	Abgrenzung zu materiellrechtlichem Parteiverhalten	54
3.	Die Arten der Parteihandlungen	56
a)	Erwirkungshandlungen	56
b)	Bewirkungshandlungen	56
c)	Angriffs- und Verteidigungsmittel	57
4.	Wirksamkeitsvoraussetzungen der Parteihandlungen	57
a)	Partei- und Prozessfähigkeit	58
b)	Wirksame Stellvertretung und Postulationsfähigkeit	58
c)	Vollzug der Parteihandlungen	59
d)	Form der Parteihandlungen	60
e)	Bedingungen und Befristungen	61
5.	Wirksamkeitshindernisse bei Parteihandlungen	62
a)	Willensmängel	63
b)	Treu und Glauben	65
aa)	Verbot arglistiger Schaffung prozessualer Rechtslagen	66
bb)	Verbot widersprüchlichen prozessualen Verhaltens	66
cc)	Verwirkung prozessualer Befugnisse	66
dd)	Missbrauch prozessualer Befugnisse	67
c)	Gute Sitten	68
6.	Die Wahrheits- und Vollständigkeitspflicht	68
7.	Auslegung der Parteihandlungen	70
8.	Mängel von Parteihandlungen und Heilung	71
9.	Versäumung von Parteihandlungen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	71
a)	Die Versäumung von Parteihandlungen, insbesondere bei Angriffs- und Verteidigungsmitteln	72
b)	Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	72
10.	Prozessverträge	75
2. Kapitel. Das Urteilsverfahren erster Instanz	79	
§ 6	Die Klage	79
I.	Bedeutung der Klage	80
1.	Bestimmung des Gerichts	80
2.	Bestimmung der Parteien	80
3.	Bestimmung des Streitgegenstands	80
II.	Rechtsnatur	81
III.	Klagearten	81
1.	Die Leistungsklage	82
a)	Ziel der Leistungsklage	82
b)	Rechtsschutzbedürfnis	83
c)	Klagbarkeit	84

2.	Die Feststellungsklage	84
a)	Ziel der Feststellungsklage	85
b)	Voraussetzungen	85
c)	Materielle Rechtskraft	87
d)	Zwischenfeststellungsklage	88
3.	Die Gestaltungsklage	89
a)	Ziel der Gestaltungsklage	89
b)	Fallgruppen	90
c)	Voraussetzungen	90
d)	Gestaltungswirkung	90
IV.	Verbandsklage und kollektiver Rechtsschutz	91
V.	Klageerhebung – Grundzüge	92
1.	Einreichung der Klageschrift	93
2.	Zustellung der Klageschrift	94
a)	Verfügungen des Gerichts	94
b)	Das Verfahren bei Zustellungen	95
c)	Mängel der Zustellung	97
VI.	Der Inhalt der Klageschrift	97
1.	Notwendiger Inhalt	98
a)	Bezeichnung der Parteien und des Gerichts	98
b)	Bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs	99
c)	Bestimmter Antrag	101
aa)	Grundsatz	101
bb)	Ausnahmen	103
d)	Unterschrift	105
2.	Sollinhalt der Klageschrift	105
3.	Kanninhalt der Klageschrift	106
4.	Mängel der Klageerhebung	106
VII.	Der prozessuale Anspruch (Streitgegenstand)	106
1.	Die Bedeutung des Anspruchs (Streitgegenstandes)	108
a)	Rechtshängigkeit	108
b)	Objektive Klagenhäufung	108
c)	Klageänderung	108
d)	Rechtskraft	109
2.	Die Streitgegenstandslehren	109
a)	Der eingliedrige Streitgegenstands begriff	110
b)	Der zweigliedrige Streitgegenstands begriff	111
c)	Die neueren materiellrechtlichen Lehren	111
d)	Eigene Auffassung	112
3.	Streitgegenstand und Klageart	115
4.	Die Kernpunkttheorie des Europäischen Gerichtshofs	116
VIII.	Wirkungen der Klageerhebung	116
1.	Rechtshängigkeit	117
2.	Der Einwand der Rechtshängigkeit	117
3.	Die Fordauer der Zuständigkeit	118
4.	Die Einschränkung der Klageänderung	119
5.	Die Veräußerung des in Streit befindenen Gegenstandes	119
a)	Die Zulässigkeit der Veräußerung	119
aa)	Streitbefangenheit	120
bb)	Geltend gemachter Anspruch	121
cc)	Veräußerung und Abtretung	121
dd)	Veräußerung nach Rechtshängigkeit	122
b)	Prozessuale Rechtsfolgen der Veräußerung	122
6.	Materiellrechtliche Wirkungen der Klageerhebung und Rechtshängigkeit	124
IX.	Besondere Klagesituationen	124
I.	Begriff und Wesen	125
II.	Systematik	126
III.	Die allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen	127

1.	Ordnungsmäßigkeit der Klageerhebung	127
2.	Die Parteien betreffende Sachentscheidungsvoraussetzungen	127
a)	Die Existenz der Parteien	127
b)	Die Parteifähigkeit	128
aa)	Rechtsfähigkeit	128
bb)	Fehlende Rechtsfähigkeit	128
cc)	Sonderregelungen	129
dd)	Bedeutung	129
c)	Die Prozessfähigkeit	130
d)	Ordnungsgemäße gesetzliche Vertretung und Prozessvollmacht	131
e)	Die Prozessführungsbefugnis	131
aa)	Prozessstandschaft	131
bb)	Gesetzliche Prozessstandschaft	132
cc)	Willkürliche Prozessstandschaft	133
dd)	Verbandsklage	134
ee)	Bedeutung	134
f)	Die Postulationsfähigkeit	134
g)	Prozessvollmacht des gewillkürten Stellvertreters und Vertretungsmacht des gesetzlichen Stellvertreters	135
3.	Das Gericht betreffende Sachentscheidungsvoraussetzungen	135
a)	Die deutsche Gerichtsbarkeit	136
b)	Die Zulässigkeit des Rechtsweges zu den Zivilgerichten (Zuständigkeit der Zivilprozessgerichtsbarkeit)	137
aa)	Zivilprozessgerichtsbarkeit	137
bb)	Freiwillige Gerichtsbarkeit	137
cc)	Zulässigkeit des Rechtsweges	138
c)	Die internationale Zuständigkeit	138
d)	Die funktionelle Zuständigkeit	140
e)	Die sachliche Zuständigkeit	141
aa)	Grundzüge der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Amtsgericht und Landgericht	142
bb)	Der Wert des Streitgegenstandes	143
cc)	Sachliche Zuständigkeit des Amtsgerichts ohne Rücksicht auf den Streitwert	143
dd)	Sachliche Zuständigkeit des Landgerichts	144
ee)	Zuständigkeitsvereinbarung (Prorogation) und rügelose Einlassung	144
f)	Die örtliche Zuständigkeit	145
aa)	Die allgemeinen Gerichtsstände	147
bb)	Die besonderen Gerichtsstände	147
cc)	Prorogation und rügelose Einlassung	150
4.	Den Streitgegenstand betreffende Sachentscheidungsvoraussetzungen	152
IV.	Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen	152
V.	Die Sachentscheidungshindernisse (Prozesshindernisse)	152
1.	Die Einrede der Schiedsvereinbarung	153
2.	Die Einrede mangelnder Sicherheit für die Prozesskosten und mangelnder Kostenerstattung	153
3.	Vertraglich vereinbarte Sachentscheidungshindernisse	154
VI.	Die Behandlung der Sachentscheidungsvoraussetzungen und -hindernisse	154
§ 8	Verfahrensgrundsätze	158
I.	Der Dispositionsgrundsatz	159
1.	Bedeutung des Dispositionsgrundsatzes	160
2.	Einzelheiten der Dispositionsbefugnis der Parteien	160
a)	Einleitung des Verfahrens	160
b)	Gegenstand des Verfahrens	161
c)	Beendigung des Verfahrens	162
II.	Der Verhandlungsgrundsatz	162
1.	Bedeutung des Verhandlungsgrundsatzes	164
2.	Einzelheiten zu den Folgen des Verhandlungsgrundsatzes	165
a)	Schlüssigkeit und Erheblichkeit	165
b)	Beweisbedürftigkeit	167

3. Einschränkungen des Verhandlungsgrundsatzes	168
a) Die Mitwirkung des Gerichts bei der Sammlung des Prozessstoffes, insbes. die richterliche Frage- und Hinweispflicht (materielle Prozesseleitung)	168
aa) Tatsachenvortrag	169
bb) Benennung von Beweismitteln	170
cc) Stellung sachdienlicher Anträge	170
dd) Erörterung des Sach- und Streitverhältnisses	171
ee) Mittel richterlicher Aufklärung	171
b) Die Wahrheits- und Erklärungspflicht der Parteien	172
III. Der Grundsatz der Mündlichkeit	172
1. Geltungsbereich des Grundsatzes der Mündlichkeit	173
2. Bedeutung des Grundsatzes der Mündlichkeit	174
3. Einheit der mündlichen Verhandlung	175
4. Freigestellte mündliche Verhandlung	176
5. Schriftliches Verfahren	176
a) Schriftliches Verfahren bei Zustimmung der Parteien	176
b) Schriftliches Verfahren von Amts wegen	177
c) Weitere Fälle schriftlichen Verfahrens	178
IV. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	178
V. Der Grundsatz der Öffentlichkeit	180
VI. Der Konzentrationsgrundsatz	180
1. Konzentration durch Abhaltung eines Haupttermins	182
2. Die sog. Prozessförderungspflicht der Parteien	182
VII. Der Grundsatz der freien richterlichen Beweiswürdigung	186
VIII. Der Grundsatz der Wahrung rechtlichen Gehörs	187
§ 9 Das Verhalten des Beklagten zur Klage	189
I. Überblick über die Verhaltensmöglichkeiten des Beklagten	189
1. Untätigbleiben	189
2. Anerkenntnis	190
3. Antrag auf Klageabweisung	190
a) Einwendungen gegen die Zulässigkeit	190
b) Einwendungen gegenüber der Begründetheit aa) Rechtsausführungen	190
bb) Leugnen der Klagetatsachen	191
cc) Einreden	191
dd) Prozessuale Behelfe für begrenzte Zwecke	191
II. Einzelheiten zu Verteidigungsmitteln des Beklagten	192
1. Bestreiten des Klagegrundes	192
a) Formen des Bestreitens	192
b) Wirkungen des Bestreitens	193
c) Gleichwertiges (áquipollentes) Parteivorbringen	194
2. Das Geständnis	194
a) Gegenstand	195
b) Form	195
c) Wirkung	196
3. Erhebung von Einreden	197
a) Rechtshindernde Einreden	197
b) Rechtsvernichtende Einreden	197
c) Rechtshemmende Einreden	198
d) Rechtsausschließende Einreden	198
e) Wirkungen der Einreden	198
4. Insbesondere: Die Einrede der Aufrechnung	199
a) Aufrechnungserklärung	200
b) Eventualaufrechnung	201
c) Prozesstrennung	202
d) Vorbehalturteil	202
e) Rechtshängigkeit der Aufrechnungsforderung	203
f) Sachentscheidungsvoraussetzungen	204
g) Rechtskraftfähigkeit	205

h) Prozessual unzulässige Aufrechnungseinrede	206
i) Gegenstandswert	207
j) Rechtsmittel	207
§ 10 Die Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	208
I. Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	208
II. Die Durchführung der Güteverhandlung und der mündlichen Verhandlung, insbesondere des Haupttermins	210
1. Genereller Ablauf der mündlichen Verhandlung	211
2. Leitung der mündlichen Verhandlung und Sitzungsprotokoll	212
III. Termine, Fristen, Ladungen, Zustellungen	213
1. Termine	214
2. Fristen	214
3. Ladungen	215
4. Zustellungen	215
§ 11 Der Beweis	216
I. Grundlagen	218
1. Die Verfahrensentwicklung zur Beweisaufnahme	218
a) Schlüssigkeitsprüfung und Beweis	218
b) Erheblichkeitsprüfung und Beweis	219
c) Beweiserheblichkeit	220
d) Beweisbedürftigkeit	220
e) Beweisantrag und Beweiserhebung von Amts wegen	221
f) Gegenstand des Beweises	223
2. Grundbegriffe des Beweises	224
a) Strengbeweis – Freibeweis	225
b) Hauptbeweis – Gegenbeweis – Beweis des Gegenteils	226
c) Unmittelbarer Beweis – mittelbarer Beweis (Indizienbeweis)	226
3. Beweisverfahren	227
4. Beweiswürdigung – Beweismaß – Anscheinbeweis	228
a) Beweismaß	229
b) Schadensermittlung nach § 287	229
c) Anscheinbeweis	231
5. Darlegungslast und Beweislast	234
a) Die Bedeutung der Beweislast	236
aa) Subjektive Beweislast	236
bb) Objektive Beweislast	237
b) Die Verteilung der Beweislast	237
aa) Grundregel	238
bb) Ausdrückliche gesetzliche Regelungen	238
cc) Außergesetzliche Abweichungen	239
dd) Beweislastverträge	242
ee) Sachentscheidungsvoraussetzungen	242
II. Die einzelnen Beweismittel	243
1. Der Beweis durch Augenschein	243
a) Augenscheinobjekte und Duldungspflicht	243
b) Hinzuziehung von Sachverständigen und Augenschein gehilfen	245
c) Das Beweisverfahren	246
2. Der Zeugenbeweis	246
a) Zeugenfähigkeit	247
b) Zeugenpflichten	248
aa) Pflicht zum Erscheinen	248
bb) Pflicht zur Aussage	248
cc) Pflicht zur Beeidigung der Aussage	249
c) Das Beweisverfahren	250
3. Der Sachverständigenbeweis	251
a) Person und Stellung des Sachverständigen	253
b) Pflichten des Sachverständigen	254
c) Das Beweisverfahren	255
4. Der Beweis durch Urkunden	256

a)	Begriff und Arten der Urkunden	257
b)	Die Beweiskraft von Urkunden	258
c)	Das Beweisverfahren	260
5.	Der Beweis durch Parteivernehmung	261
a)	Die Arten und Voraussetzungen der Parteivernehmung	262
b)	Das Beweisverfahren	264
III.	Das selbstständige Beweisverfahren	264
§ 12	Das Urteil	267
I.	Urteilsarten	268
1.	Endurteile – Zwischenurteile	268
a)	Zwischenurteile über den Grund (Grundurteile)	268
b)	Sonstige Zwischenurteile	270
2.	Prozess- und Sachurteile	270
3.	Leistungs-, Feststellungs- und Gestaltungsurteile	271
4.	Unbedingte und bedingte Urteile (Vorbehaltssurteile)	271
a)	Aufrechnungsvorbehaltssurteile	271
b)	Urkunden-, Wechsel- und Scheckvorbehaltssurteile	271
5.	Voll- und Teilurteile	272
6.	Kontradiktorische Urteile und Versäumnisurteile	273
a)	Entscheidungen, insbesondere Urteile, nach Lage der Akten	274
b)	Das Versäumnisverfahren, insbesondere das Versäumnisurteil aa) Allgemeine Voraussetzungen für den Erlass eines Versäumnisurteils	275
cc)	Säumnis des Klägers	277
cc)	Säumnis des Beklagten	277
dd)	Form des Versäumnisurteils	278
ee)	Der Einspruch	278
7.	Anerkenntnisurteile und Verzichtsurteile	280
a)	Anerkenntnis und Anerkenntnisurteil	280
aa)	Erklärung und Wirkung des Anerkenntnisses	281
bb)	Beschränkte Anerkenntnisse	281
cc)	Kostenentscheidung und vorläufige Vollstreckbarkeit	282
b)	Verzicht und Verzichtsurteil	282
II.	Der Erlass des Urteils	282
1.	Förmlicher Inhalt des Urteils	283
a)	Überschrift	283
b)	Bezeichnung	283
c)	Rubrum	283
d)	Urteilsformel	283
e)	Tatbestand	284
f)	Entscheidungsgründe	285
g)	Unterschriften	285
2.	Sonderfälle	286
3.	Berichtigung und Ergänzung des Urteils	286
4.	Abhilfe bei Gehörsverletzung (Anhörungsrüge)	287
III.	Die Wirkungen des Urteils	289
1.	Überblick	289
a)	Innerprozessuale Bindungswirkung	289
b)	Außerprozessuale Bindungswirkung	289
c)	Formelle Rechtskraft	290
d)	Materielle Rechtskraft	290
e)	Gestaltungswirkung	290
f)	Vollstreckbarkeit	290
g)	Tatbestandswirkung	290
2.	Die innerprozessuale Bindungswirkung	291
3. Kapitel.	Die Prozesserledigung ohne Urteil	293
§ 13	Die Klagerücknahme	293
I.	Voraussetzungen	294
II.	Die Vollziehung der Klagerücknahme	294

III.	Die Wirkungen der Klagerücknahme	295
IV.	Vereinbarungen über eine Klagerücknahme	296
§ 14	Die Erledigung der Hauptsache	298
	I. Die beiderseitige Erledigungserklärung	299
	1. Voraussetzungen	300
	2. Wirkungen	301
	3. Kostenentscheidung	301
	II. Die einseitige Erledigungserklärung	302
	1. Voraussetzungen	303
	2. Wirkungen	304
	3. Kostenentscheidung	305
	4. Rechtskraftwirkungen	306
§ 15	Der Prozessvergleich	307
	I. Die Voraussetzungen des Prozessvergleichs	308
	1. Vergleich (gegenseitiges Nachgeben)	309
	2. Parteien des Prozessvergleichs	309
	3. Beilegung des Rechtsstreits	310
	4. Vergleichsschluss vor einem deutschen Gericht	310
	5. Form des Prozessvergleiches	310
	6. Widerrufsvorbehalt	311
	II. Die Rechtsnatur des Prozessvergleichs	311
	III. Wirkungen des Prozessvergleichs	312
	IV. Unwirksamkeit oder Wegfall des Vergleichs	312
	1. Unwirksamkeit des Prozessvergleichs	312
	2. Wegfall des Prozessvergleichs	314
	V. Abänderung des Prozessvergleichs	315
	VI. Bedeutung eines außergerichtlichen Vergleichs	315
	VII. Außergerichtliche Schllichtungsverfahren	315
4. Kapitel.	Die Beteiligung von Streitgenossen und Dritten	319
§ 16	Die Streitgenossenschaft	319
	I. Arten der Streitgenossenschaft	320
	II. Die einfache Streitgenossenschaft	320
	1. Die Zulässigkeit einfacher Streitgenossenschaft nach §§ 59 und 60	320
	2. Entstehung der einfachen Streitgenossenschaft	321
	3. Die Wirkungen der Streitgenossenschaft	322
	a) Selbstständigkeit der Streitgenossen	322
	b) Gemeinsamkeiten	323
	c) Beitritt; Zeugenstellung	323
	III. Die notwendige Streitgenossenschaft	324
	1. Notwendige Streitgenossenschaft aus prozessrechtlichen Gründen	324
	a) Allseitige Rechtskrafterstreckung	324
	b) Einseitige Rechtskrafterstreckung	325
	c) Gestaltungsklagen	325
	d) Weitere Fälle	325
	2. Notwendige Streitgenossenschaft aus materiellrechtlichen Gründen	326
	a) Leistungsklagen	326
	b) Feststellungsklagen	327
	c) Gestaltungsklagen	327
	3. Wirkungen der notwendigen Streitgenossenschaft	328
	a) Vertretung bei Säumnis	328
	b) Zulässigkeit der Klage	328
	c) Prozesshandlungen	328
§ 17	Die Interventionen Dritter	330
	I. Die einfache Nebenintervention	331
	1. Voraussetzungen der Nebenintervention	331
	a) Rechtskrafterstreckung	332
	b) Gestaltungswirkung	332
	c) Vollstreckbarkeit	332

d) Präjudizialität	332
e) Prozesstandschaft	333
2. Der Beitritt des Nebenintervenienten	333
3. Die Stellung des Nebenintervenienten im Prozess	334
4. Die Interventionswirkung	334
a) Objektiver Umfang	335
b) Subjektiver Umfang	336
II. Die streitgenössische Nebenintervention	337
1. Voraussetzungen der streitgenössischen Nebenintervention	337
2. Die Rechtsstellung des streitgenössischen Nebenintervenienten	338
a) Streitgehilfe	338
b) Streitgenosse	338
III. Das Kapitalanleger-Musterverfahren	339
1. Das Verfahren nach dem KapMuG	339
2. Die Rechtswirkungen des Musterentscheids	340
§ 18 Die Streitverkündung	342
I. Voraussetzungen der Streitverkündung	342
1. Ansprüche der streitverkündenden Partei	343
2. Besorgnis von Ansprüchen	344
II. Die Vornahme der Streitverkündung	344
III. Die Wirkungen der Streitverkündung	344
1. Wirkungen auf den anhängigen Prozess	345
2. Wirkungen für den Folgeprozess	345
5. Kapitel. Besondere Prozesslagen	347
§ 19 Objektive Klagenhäufung und Widerklage; Stillstand des Verfahrens	347
I. Die objektive Klagenhäufung	348
1. Die Voraussetzungen der objektiven Klagenhäufung	348
2. Die Arten der objektiven Klagenhäufung	349
3. Wirkungen der objektiven Klagenhäufung	350
II. Die Widerklage	350
1. Voraussetzungen der Widerklage	351
a) Rechtshängigkeit einer Klage mit anderem Streitgegenstand	351
b) Zulässigkeit in der Verfahrensart	351
c) Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen	351
d) Zusammenhang zwischen Klage und Widerklage	352
e) Zulässigkeit in den Instanzen	352
f) Eventualwiderklage	353
2. Widerklage gegen oder durch Dritte	353
3. Behandlung der Widerklage	354
III. Stillstand des Verfahrens (Unterbrechung, Aussetzung, Ruhen)	354
§ 20 Klageänderung und Parteiänderung	357
I. Die Klageänderung	358
1. Nach § 264 zulässige Änderungen	358
a) Ergänzung oder Berichtigung der tatsächlichen oder rechtlichen Ausführungen	358
b) Erweiterung oder Beschränkung des Klageantrags	358
c) Übergang auf Surrogat oder Schadensersatz	359
2. Die Zulässigkeit der Klageänderung	360
3. Die Behandlung der Klageänderung	361
II. Die Parteiänderung	361
1. Die gesetzliche Parteiänderung	361
2. Die gewillkürte Parteiänderung	362
a) Gewillkürter Parteiwechsel	362
b) Gewillkürter Parteibeitritt	364
c) Streit über Parteiänderung	365
6. Kapitel. Besondere Verfahrensarten	367
§ 21 Das amtsgerichtliche Verfahren	367
§ 22 Das Mahnverfahren	370

I.	Zulässigkeit des Mahnverfahrens	371
II.	Zuständigkeit	372
III.	Der Mahnbescheidsantrag	372
IV.	Der Erlass des Mahnbescheids	373
V.	Der Widerspruch und die Einleitung des Streitverfahrens	374
VI.	Der Erlass des Vollstreckungsbescheids	376
VII.	Der Einspruch	377
§ 23	Der Urkundenprozess	378
	I. Voraussetzungen des Urkundenprozesses	379
	II. Das Verfahren im Urkundenprozess	380
	III. Die Entscheidung im Urkundenprozess	381
	IV. Das Nachverfahren	381
	V. Der Wechsel- und Scheckprozess	382
§ 24	Das Verfahren in Familiensachen	383
	I. Familiensachen	384
	II. Ehesachen	384
	III. Familienstreitsachen	386
	IV. Reine FG-Familiensachen	388
	V. Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	388
	VI. Das Familiengericht	390
	VII. Übergangsregelung für Altfälle	390
§ 25	Das schiedsrichterliche Verfahren	391
	I. Die Schiedsvereinbarung	392
	II. Die Bestimmung der Schiedsrichter	394
	III. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht	394
	IV. Der Schiedsspruch	395
	V. Die Aufhebungsklage	395
	VI. Die Vollstreckbarerklärung	396
7. Kapitel. Die Rechtsmittel	397	
§ 26	Grundlinien der Rechtsmittelverfahren	397
	I. Arten und allgemeine Merkmale der Rechtsmittel	398
	II. Zulässigkeit und Begründetheit der Rechtsmittel	400
	III. Gemeinsame Zulässigkeitsvoraussetzungen der Rechtsmittel	401
	1. Die Statthaftigkeit des Rechtsmittels	401
	2. Form des Rechtsmittels	401
	3. Fristen für die Rechtsmittel	402
	4. Begründung der Rechtsmittel	402
	5. Beschwer	402
	6. Beschwersumme, Wert des Beschwerdegegenstandes	405
	IV. Rechtsmittelverzicht und Rechtsmittelrücknahme	406
	V. Anschlussrechtsmittel	407
	VI. Das Verbot der reformatio in peius (Verschlechterungsverbot)	409
	VII. Rechtsmittel gegen inkorrekte Entscheidungen	410
§ 27	Die Berufung	411
	I. Statthaftigkeit der Berufung	413
	II. Die Einlegung der Berufung	414
	1. Formen und Fristen	414
	2. Parteien des Berufungsverfahrens	416
	III. Das Verfahren in der Berufungsinstanz	417
	1. Prozessstoff der Berufungsinstanz	417
	a) Bisherige Prozesshandlungen	417
	b) Neues Vorbringen	418
	2. Verfahrensablauf	420
	IV. Die Entscheidungen des Berufungsgerichts	421
	1. Verwerfung der Berufung	421
	2. Zurückweisung der Berufung	422
	3. Entscheidungen bei zulässiger und nicht zurückgewiesener Berufung	422
	a) Unbegründetheit der Berufung	423

b)	Begründetheit der Berufung	423
c)	Ausnahmen	424
4.	Versäumnisurteile in der Berufungsinstanz	424
§ 28	Die Revision	426
I.	Statthaftigkeit der Revision	427
1.	Zulassung der Revision durch das Berufungsgericht	428
a)	Grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache	428
b)	Zulassung zur Fortbildung des Rechts	429
c)	Zulassung zur Sicherung einer einheitlichen Rechtssprechung	429
2.	Nichtzulassungsbeschwerde	430
II.	Die Einlegung der Revision	431
1.	Formen und Fristen	431
2.	Parteien des Revisionsverfahrens	433
3.	Beschwer	433
III.	Das Verfahren in der Revisionsinstanz	433
1.	Prozessstoff in der Revisionsinstanz	434
a)	Bisheriger Tatsachenstoff	434
b)	Neues Vorbringen	435
2.	Berufen der Entscheidung auf einer Verletzung des Rechts	435
a)	Recht iSd § 545	436
b)	Rechtsverletzung	436
c)	Berufen auf der Rechtsverletzung	438
3.	Verfahrensablauf	438
IV.	Die Entscheidungen des Revisionsgerichts	439
1.	Verwerfung der Revision	439
2.	Entscheidungen bei zulässiger Revision	439
a)	Unbegründetheit der Revision	439
b)	Begründetheit Revision	440
c)	Ausnahmen	441
3.	Versäumnisentscheidungen	441
V.	Die Sprungrevision	442
VI.	Großer Senat, Vereinigte Große Senate, Gemeinsamer Senat der Obersten Gerichtshöfe des Bundes	442
§ 29	Die Beschwerde	443
I.	Allgemeines	444
1.	Wesen der Beschwerde	444
2.	Arten der Beschwerde	444
a)	Sofortige Beschwerde	445
b)	Rechtsbeschwerde	445
II.	Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	445
III.	Die Einlegung der sofortigen Beschwerde	446
1.	Form und Frist	446
2.	Parteien des Beschwerdeverfahrens	447
3.	Beschwer	447
4.	Besondere Ausschlussfälle	448
IV.	Das Beschwerdeverfahren	448
V.	Die Entscheidungen im Beschwerdeverfahren	448
VI.	Die Rechtsbeschwerde	449
VII.	Weitere Rechtsbehelfe	451
1.	Die Erinnerung	451
2.	Die Gegenvorstellung/außerordentliche Beschwerde/Untätigkeitsbeschwerde	452
8. Kapitel.	Die Rechtskraft und ihre Durchbrechung	453
§ 30	Die Rechtskraft	453
I.	Abgrenzung	455
1.	Formelle Rechtskraft – materielle Rechtskraft	455
2.	Rechtskraft – innerprozessuale Bindungswirkung	456
3.	Rechtskraft – Vollstreckbarkeit	456
4.	Rechtskraft – Gestaltungswirkung	456

II.	Die formelle Rechtskraft	456
1.	Rechtskraftfähigkeit	457
2.	Zeitpunkt des Eintritts der formellen Rechtskraft	457
a)	Unstatthaftigkeit von Rechtsmitteln	457
b)	Rechtsmittelfähige Urteile	458
c)	Rechtsmittelverzicht	458
d)	Ablauf der Rechtsmittelfristen	458
e)	Rechtskrafterzeugnis	458
III.	Das Wesen der materiellen Rechtskraft (Rechtskrafttheorien)	459
IV.	Der materiellen Rechtskraft fähige Entscheidungen	460
1.	Beschlüsse	460
2.	Vollstreckungsbescheide	460
3.	Nicht der materiellen Rechtskraft fähige Urteile	461
4.	Prozessurteile	461
5.	Materielle Rechtskraft von Gestaltungsurteilen	461
V.	Der sachliche (objektive) Umfang der materiellen Rechtskraft und ihre Wirkungen	462
1.	Der sachliche Umfang der Rechtskraft	462
2.	Nicht in Rechtskraft erwachsende Umstände	463
a)	Feststellung von Tatsachen	464
b)	Rechtliche Beurteilung	464
c)	Präjudizielle Rechtsverhältnisse	464
d)	Einwendungen und Einreden	464
3.	Wirkungen der materiellen Rechtskraft	465
a)	Identität des Streitgegenstandes	465
b)	Präjudizialität	467
VI.	Der persönliche (subjektive) Umfang der materiellen Rechtskraft	468
1.	Rechtskrafterstreckung auf Dritte	468
a)	Gesetzliche Regeln	468
aa)	Rechtsnachfolger	469
bb)	Nacherfolge	470
cc)	Testamentsvollstrecker	470
b)	Außergesetzliche Fälle	471
2.	Drittewirkung der Rechtskraft	472
VII.	Der zeitliche Umfang der materiellen Rechtskraft	472
§ 31	Die Durchbrechung der Rechtskraft	474
I.	Die Wiederaufnahme des Verfahrens	475
1.	Wesen der Wiederaufnahme	476
2.	Anwendungsgebiet der Wiederaufnahme	476
3.	Die Wiederaufnahmegründe	476
a)	Nichtigkeitsgründe	477
b)	Restitutionsgründe	477
4.	Das Verfahren der Wiederaufnahme	480
II.	Die Abänderungsklage	481
1.	Rechtsnatur der Abänderungsklage	482
2.	Abgrenzungen	482
3.	Voraussetzungen der Abänderungsklage	483
4.	Entscheidung	484
III.	Die Durchbrechung der Rechtskraft über § 826 BGB	484
1.	Voraussetzungen der Klage nach § 826 BGB	485
2.	Verfahren	486
9. Kapitel.	Die Prozesskosten und Prozesskostenhilfe	487
§ 32	Die Prozesskosten	487
I.	Übersicht	488
II.	Das Verhältnis zwischen der Partei und ihrem Rechtsanwalt	488
III.	Das Verhältnis zwischen dem Staat und den Parteien	489
1.	Person des Kostenschuldners	490
2.	Berechnung der Gerichtskosten	490
IV.	Das Verhältnis zwischen den Parteien	490

1.	Die Kostenentscheidung	492
a)	Grundsatz	492
b)	Ausnahmen	493
c)	Rechtsmittelkosten	494
d)	Anfechtung einer Kostenentscheidung	494
2.	Die Kostenfestsetzung	494
§ 33	Die Prozesskostenhilfe	496
I.	Voraussetzungen der Prozesskostenhilfe	497
1.	Personenbezogene Voraussetzungen	497
2.	Prozessbezogene Voraussetzungen	498
II.	Verfahren auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe	498
III.	Wirkung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe	500
	Paragraphenverzeichnis	501
	Sachverzeichnis	513

beck-shop.de